



### **A Call for Action: Eine neue Agenda für transatlantischen Handel und Investitionen**

*Daniel Andrich & Katharina-Luise Kittler*

Die transatlantische Wirtschaftspartnerschaft steht auf stabilen Füßen und konnte den turbulenten letzten Jahren und dem angespannten politischen Verhältnis mit robusten und vertrauensvollen Beziehungen entgegenreten. Trotzdem darf der Erfolg der transatlantischen Wirtschaft nicht als Selbstverständlichkeit begriffen werden. Transatlantische Unternehmen erwarten eine neue Agenda für die Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen EU, Deutschland und USA – und diese muss vor allem auf dem starken Kooperationswillen auf beiden Seiten des Atlantiks fußen.

Die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland bestehen nicht nur zwischen den staatlichen Akteuren auf Bundesebene, sondern basieren besonders auf den Partnerschaften zwischen den jeweiligen Bundesstaaten, Ländern und Kommunen. Mit den umfassenden Beziehungen einer Vielzahl an Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks ist die Wirtschaft eine besonders wichtige Säule der transatlantischen Beziehungen. Seit vielen Jahren wächst die wirtschaftliche Verflechtung und sorgt für Stabilität und gesellschaftlichen Wohlstand. Durch Vertrauen und Innovationsgeist investieren europäische Unternehmen in den USA und US-amerikanische Unternehmen in der EU seit Jahrzehnten und haben so den größten Wirtschaftsraum der Welt geschaffen. Der transatlantische Handel sichert 15 Millionen Arbeitsplätze und steht für etwa 30 Prozent des weltweiten Handels. Über die Hälfte der globalen Investitionen in den USA kommen aus Europa und fast zwei Drittel der US-Investitionen gehen nach Europa.

Die Corona-Pandemie zeigt jedoch, wie verletzlich der Wohlstand in Europa und den USA ist, wenn beide Wirtschaftsräume in die größte Krise seit dem Zweiten Weltkrieg geraten. Zu der gesundheitlichen Katastrophe, welche die Pandemie hervorgerufen

hat, kommen neue wirtschaftliche Herausforderungen, die sich – vor allem in den letzten Jahren – in einem politisch unzuverlässigen Umfeld abspielen.

Aktuell sind laut Statista rund zehn Millionen Menschen in den USA arbeitslos – doppelt so viele im Vergleich zum Vorjahr. Und auch an Deutschland gehen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie nicht spurlos vorbei. Besonders der Einzelhandel leidet unter den sogenannten Lockdowns. 50.000 Geschäfte sollen laut Handelsverband Deutschland im Frühjahr 2021 vor dem Aus stehen. Beide Seiten stehen vor ähnlichen Herausforderungen und müssen Lösungen finden, um die Pandemie zu überstehen und der Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Es ist Zeit zu handeln.

#### ***Vertrauen als Grundvoraussetzung***

Doch wie kann nun eine neue Agenda für die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft aussehen? Im ersten Schritt muss die Revitalisierung der transatlantischen Beziehungen angestoßen werden. Die Präsidentschaft Donald Trumps hat die Beziehungen zwischen der EU und den USA verändert: Vertrauen spielt hier eine zentrale Rolle. 2020 hat eine Befragung unter den Mitgliedsunternehmen der American Chamber of Commerce in Germany (Am-

Cham Germany) ergeben, dass 80 Prozent der befragten deutschen Unternehmen mit Standort in den USA die allgemeine Verlässlichkeit der Politik als schlecht, beziehungsweise weniger gut bewerten. Zum Vergleich: 2018 waren es nur 50 Prozent. Das Vertrauen in die US-Politik ist demnach über die letzten Jahre immer weiter gesunken und beeinflusst Investitionsentscheidungen deutscher Unternehmen in den USA. Die Politik muss nun Vertrauen wiederherstellen und verlässliche Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen, damit die transatlantischen Unternehmen aus dieser schweren Krise schnell und kraftvoll hervorkommen.

Die globalen Unsicherheiten sind groß, und es liegt in der Verantwortung politischer EntscheidungsträgerInnen, für Vertrauen und Stabilität zu sorgen. Die Mitgliedsunternehmen von AmCham Germany sind sich einig: Deutschland sollte in der EU eine Führungsrolle einnehmen, um die transatlantischen Beziehungen wiederzubeleben und nach gemeinsamen Wegen der Kooperation zu suchen. Deutschland muss sich in Europa für eine Agenda der konsequenten Vertiefung der transatlantischen Partnerschaft einsetzen und proaktiv auf die amerikanischen Partner zugehen. Denn auf der anderen Seite des Atlantiks steht Präsident Joe Biden vor der Herkulesaufgabe, die Corona-Pandemie zu bekämpfen und die heimische Wirtschaft wiederaufzubauen. Trotz zahlreicher Bekenntnisse zur internationalen Zusammenarbeit werden zunächst die Lösungen der heimischen Probleme Bidens politische Agenda bestimmen. Er muss Vertrauen wiederherstellen – auch und besonders bei der eigenen Bevölkerung und gleichzeitig in politischen Institutionen und bei internationalen Verbündeten.

### ***Abbau von Handelshemmnissen als Basis für Kooperation***

Es wird jetzt entscheidend auf Europa ankommen, Impulse für Wachstum, Handel und Investitionen durch systematischen Abbau sämtlicher Handelshemmnisse zu setzen. Die Bundesregierung sollte sich für ein Moratorium für alle Zölle und handelspolitischen Strafmaßnahmen der EU sowie für einen klaren Fahrplan der EU-Kommission zur notfalls einseitigen Reduzierung aller Zölle einsetzen. Ein deutliches Zeichen ist notwendig, um das Bekenntnis zur transatlantischen Kooperation zu untermauern und

damit die regelbasierte Liberalisierung des Welthandels voranzutreiben. Die US-Seite muss ihrerseits einen konsequenten Abbau ihrer Zölle einleiten.

Nur ohne diese Hemmnisse können Lösungen für die Revitalisierung der transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft erfolgreich umgesetzt werden. Kürzlich konnten sich die EU und USA auf einen zeitlichen Burgfrieden im Subventionsstreit bei Airbus und Boeing verständigen: Die Zölle liegen für die nächsten vier Monate auf Eis. Die Einigung markiert einen guten ersten Schritt in Richtung eines verstärkten transatlantischen Kooperationswillens. Der seit Jahrzehnten andauernde Streit sollte so schnell wie möglich beigelegt und die damit verbundenen Zölle endgültig aufgehoben werden. Gleiches gilt für die sofortige Rücknahme der US-Zölle auf Stahl- und Aluminiumimporte aus der EU. Donald Trump hatte die Zölle mit der Begründung verhängt, dass Stahl und Aluminium aus dem Ausland die nationale Sicherheit in den USA gefährdeten. Die Biden-Administration sollte diese kostspieligen Handelsbarrieren zügig abschaffen.

Auch strengere Kontrollen von Exporten und Investitionen sowie Relokalisierungen von Lieferketten bauen Handelshemmnisse zwischen beiden Seiten auf und verhindern erfolgreiche, transatlantische Kooperation. Wirtschaftlicher Erfolg und Resilienz können nur durch globale Zusammenarbeit und nicht nur kleinteilige nationale Lösungen erreicht werden. So forschen zum Beispiel die Unternehmen der industriellen Gesundheitswirtschaft an neuen und innovativen Produkten und produzieren diese in grenzüberschreitenden Netzwerken. Hierfür ist die Funktionsfähigkeit des europäischen Binnenmarktes und globaler Lieferketten essenziell. Die Bekämpfung der Pandemie zeigt, dass im Pharma- und Medizintechniksektor Lieferketten durch offene Grenzen, freien Handel und globale Kooperation wichtig sind und protektionistische Maßnahmen abgebaut werden müssen, um die Versorgung mit Medikamenten und Medizinprodukten sicherzustellen.

### ***Ziele und Herausforderungen definieren***

Die EU und USA sollten mit einer neuen transatlantischen Agenda gemeinsame Herausforderungen und Ziele identifizieren. An erster Stelle ist hier die Bewältigung der Corona-Krise zu nennen. Wie man in der gemeinsamen Krisenbewältigung innovative Lösun-

gen finden kann, hat die Zusammenarbeit des deutschen Biotechnologie-Unternehmens BioNTech und des US-amerikanischen Pharmakonzerns Pfizer bewiesen. Vereinfacht beschrieben: BioNTech entwickelte den Impfstoff gegen COVID-19; Pfizer stellt die Produktion. Nach eigenen Angaben planen die Unternehmen, bis Ende des Jahres weltweit bis zu zwei Milliarden Impfdosen herzustellen. Der wirtschaftliche Erfolg und der Wohlstand des transatlantischen Wirtschaftsraums hängen also maßgeblich vom Kooperationswillen zwischen beiden Seiten ab.

Die deutsche Bundesregierung sollte sich ebenfalls in der EU dafür einsetzen, strategische Gespräche mit den USA über gemeinsame Maßnahmen im Umgang mit dem systemischen Wettbewerber und Wirtschaftspartner China zu führen. Mit seinen Zöllen, der staatlich gelenkten Wirtschaftspolitik, seinem erzwungenen Technologietransfer und dem mangelhaften Schutz geistigen Eigentums sorgt China für deutlich spürbare Spannungen im multilateralen Handelssystem. Die EU und die USA sollten gemeinsam und selbstbewusst gegen Wettbewerbsverzerrungen und unfaire Handels-, Subventions- und Investitionspraktiken vorgehen. Darauf aufbauend sollte die EU Maßnahmen wie handelspolitische Schutzinstrumente für einen fairen und transparenten Wettbewerb für alle Unternehmen vorantreiben.

### ***Handels- und Klimapolitik zusammendenken***

Eine zentrale Anforderung an den transatlantischen Wirtschaftsraum im 21. Jahrhundert äußert sich im Klimawandel. In Zukunft müssen Handels- und Klimapolitik noch stärker zusammengedacht werden. Gemeinsam müssen die rasant fortschreitenden Konsequenzen des Klimawandels gestoppt werden. Die EU und USA müssen verantwortungsvoll mit den natürlichen Ressourcen haushalten und innovative Lösungen für klimaneutrales Wirtschaften fördern. Die neue US-Administration bietet jetzt die einzigartige Chance, zu belastbaren Vereinbarungen zu kommen: Von einer effektiven CO<sub>2</sub>-Bepreisung über ein globales Level-Playing Field bis hin zu Investitionen in erneuerbare Energien liegen großes Potential in der Zusammenarbeit beider Wirtschaftsräume. Überdies sollte die Bundesregierung darauf hinwirken, Herausforderungen und Chancen des EU Green Deals wettbewerbsfreundlich in allen Wertschöpfungsstufen umzusetzen sowie eine effektive CO<sub>2</sub>-Bepreisung als Leitinstrument zu verankern. Gleichzeitig dürfen

staatlich erlassene Instrumente zur Bekämpfung des Klimawandels die Entscheidungsfreiheit der Unternehmen nicht einschränken. Innovative Produkte und Dienstleistungen im Energie- und Klimabereich können nur durch die freie Wahl der Produktionsstandorte und der flexiblen Ausgestaltung der Wertschöpfungsketten entwickelt werden.

Eine Voraussetzung für die gemeinsame Arbeit zur Bekämpfung des Klimawandels war das Bekenntnis der neuen US-Administration zum Pariser Klimaabkommen. Auf der Grundlage dieses gemeinsamen Verständnisses können zukunftsweisende Energietechnologien entwickelt und eingesetzt werden. Internationale Wettbewerbsfähigkeit kann nur mit investitionsfreundlichen Rahmenbedingungen gelingen sowie durch mutige Investitionen in Klimaschutztechnologien.

### ***Datentransfer rechtssicher gestalten***

Ein weiterer Schwerpunkt der transatlantischen Zusammenarbeit ist eine gemeinsame Digital-Agenda. Als Grundvoraussetzung für digitales Wirtschaften muss vor allem die digitale Infrastruktur in Deutschland deutlich verbessert werden. Das aktuelle Transatlantic Business Barometer, eine jährliche Umfrage durchgeführt von AmCham Germany mit Roland Berger, gibt an, dass 57 Prozent der befragten US-Unternehmen mit Standorten in Deutschland die Qualität der digitalen Infrastruktur mit schlecht oder weniger gut bewerten. Nur mit der Verbesserung dieses Standortfaktors kann Deutschland wettbewerbs- und innovationsfähig bleiben.

Eine wichtige Maßnahme einer neuen Digital-Agenda ist die Schaffung eines „transatlantischen Datenraums“ für europäische und US-Unternehmen, in dem internationale Datentransfers rechtssicher, nachhaltig und auf gleichwertigem Schutzniveau möglich sind. Kurzfristig muss Deutschland mit der EU-Kommission auf die US-Regierung zugehen, um organisatorische und technische Übergangsmaßnahmen zu vereinbaren. Perspektivisch braucht es einen „Digitalen Transatlantischen Wirtschaftsraum“ mit dem erklärten Ziel, die Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der EU und der USA in einem extrem dynamischen globalen Wettbewerbsumfeld zu erhalten.

## **Reform der WTO unerlässlich**

Damit eine neue und belastbare Agenda für die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft umgesetzt werden kann, ist eine Reform der Welt handelsorganisation (WTO) dringend erforderlich. Erste Zeichen hat die neue WTO-Generaldirektorin Ngozi Okonjo-Iweala gesetzt: Die Ökonomin möchte die WTO stärker, agiler und besser an die heutigen Realitäten anpassen. Und sie will sich darauf konzentrieren, dass Mitgliedsländer im Kampf gegen die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie nicht zusätzlich durch Handelshemmnisse und wachsenden Protektionismus beschränkt werden.

Damit dies gelingen kann, sollten die USA und die EU durch die Bildung einer Allianz mit anderen Mitgliedstaaten eine Führungsrolle bei der Reform der WTO einnehmen. Priorität sollte die Stärkung der Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismen für den regelbasierten Welthandel haben. Die Funktionsfähigkeit des Berufungsgremiums sollte so schnell wie möglich wiederhergestellt werden. Die WTO muss eine entscheidende Rolle bei der Eindämmung und Rückführung des globalen Protektionismus einnehmen, der die transatlantischen Unternehmen massiv belastet.

## **Wirtschaftsstandorte auf beiden Seiten des Atlantiks stärken**

Transatlantische Unternehmen verzeichneten durch die Corona-Pandemie ein eher durchwachsendes Geschäftsjahr 2020, wie das Transatlantic Business Barometer in diesem Frühjahr zeigt. Deshalb muss auf der Agenda für eine neue Handels- und Investitionspartnerschaft auch die Verbesserung der beiden Wirtschaftsstandorte Deutschland und USA stehen. Die Aussichten der Unternehmen geben hier Anlass zur Hoffnung: Trotz eines mittelmäßigen Geschäftsjahres blicken die Unternehmen zuversichtlich in die Zukunft. Der Biden-Effekt wirkt sich positiv auf die Geschäftsbeziehungen aus – besonders im Hinblick auf Planbarkeit und Verlässlichkeit. Beurteilten die Hälfte der Befragten deutschen Unternehmen in den USA die Wirtschafts- und Industriepolitik 2020 noch grundsätzlich negativ, hat sie in diesem Jahr keines der Unternehmen als schlecht eingestuft. Und besonders bei der Frage der allgemeinen Verlässlichkeit der Politik spielt der Wechsel im Weißen Haus eine Rolle. So verringerte sich der Anteil derjenigen, die

die Verlässlichkeit als schlecht empfinden von rund 80 Prozent im Vorjahr auf 36 Prozent in diesem Jahr. Vertrauen und Verbindlichkeit wirken sich also bereits jetzt – wenige Wochen nach der Amtseinführung Joe Bidens – positiv auf den Wirtschaftsstandort USA aus.

Fast die Hälfte der befragten US-Unternehmen in Deutschland konnte trotz der Pandemie ein Umsatzwachstum erzielen, und rund ein Drittel der Befragten gab an, auch im Corona-Jahr Investitionen getätigt und MitarbeiterInnen eingestellt zu haben. Trotzdem bewerten die US-Unternehmen in Deutschland den Wirtschaftsstandort zunehmend negativer. Besonders die Qualität der digitalen Infrastruktur wird von mehr als der Hälfte der Befragten als schlecht beurteilt. Auch die hohen Energiekosten und die Unternehmensbesteuerung geben Anlass zur Kritik. Beide Wirtschaftsräume haben also einige Hausaufgaben vor sich, um die Attraktivität ihrer Standorte zu fördern und Investitionen zu ermöglichen.

## **Europa und USA müssen aufeinander zugehen**

Die Gestaltung einer neuen Agenda für die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft kann nur gemeinsam gelingen. Die Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks erwarten, dass die EU und die USA aktiv aufeinander zugehen, den Dialog suchen und zusammen Lösungen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entwickeln. Beide Seiten müssen gleichermaßen neue Wege erschließen, um gemeinsame Interessen und Herausforderungen zu definieren. Deutschland sollte bei der Revitalisierung der transatlantischen Beziehungen eine Führungsrolle in Europa übernehmen. It's time to act, now.

## Über die AutorInnen

**Daniel Andrich** ist seit dem 1. November 2020 Geschäftsführer von AmCham Germany. Davor war er vier Jahre Geschäftsführer des Representative of German Industry and Trade, RGIT, in Washington, DC. In seiner dortigen Funktion hat er sich für die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen eingesetzt und die Interessen der deutschen Wirtschaft in Washington, DC vertreten. Zuvor war Andrich in unterschiedlichen Funktionen für den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) tätig. Andrich studierte Politikwissenschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und schloss mit Magister Artium ab.



**Katharina-Luise Kittler** ist seit März 2019 für AmCham Germany tätig und leitet den Bereich Communications und Government Relations. Zuvor arbeitete sie als Referentin und Redakteurin für die Mittelstands- und Wirtschaftsunion, ebenfalls mit dem Fokus auf Öffentlichkeits- und Politikarbeit. Kittler ist ausgebildete Journalistin und studierte Amerikanistik, Politikwissenschaften und Public Relations an der Universität Leipzig und University of Houston und schloss mit Master of Arts ab.



Dieser Text stellt die persönliche Ansicht der Autorenschaft dar. Die Autorenschaft spricht ausdrücklich nicht im Namen der mit ihnen assoziierten Institution.

## Über diese Reihe

In Anknüpfung an die virtuelle Veranstaltungsreihe **Road to Election Night & Beyond** begleiten elf transatlantische Institutionen und politische Stiftungen Joe Bidens Innen- und Außenpolitik über seine ersten 100 Tage im Amt hinaus im Rahmen dieser Publikationsreihe. Wir möchten das hoffnungsvolle Momentum nach seiner Amtseinführung aufgreifen und **Transatlantische Impulse** für die Zusammenarbeit zwischen den USA, Deutschland und Europa setzen. Mehr Informationen zur Reihe gibt es unter dem Hashtag #TransatlantischeImpulse und <https://transatlantische-impulse.de>.

**Partner:** American Chamber of Commerce in Germany, American Council on Germany, Amerikahaus München, AmerikaHaus NRW, Aspen Institute Germany, Deutsche Atlantische Gesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, The German Marshall Fund of the United States, Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung.

Herausgeberschaft: Aspen Germany et al.  
Redaktion: Laura Senftleben/Dr. Stormy-Annika Mildner  
Design: Laura Senftleben  
Layout: Laura Senftleben